Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine Illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 3,90 M., monatlich 1,30 M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich 2,50 M., monatlich 0,80 M. Durch die Post vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum kostet 70 Pfg., auswärts 90 Pfg., Reklamezeile 90 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 50 bezw. 60 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau

Nummer 100 | Donnerstag, den 29. April 1920. | 38. Jahrgang

Bezugspreis von „**Nachrichten und Tageblatt**" und „**Herischdorfer Tageblatt**" mit **drei** Beilagen:

vierteljährlich durch Boten ins Haus	6,50	Mk.
monatlich „ „ „ „	2,20	Mk.
vierteljährlich in den Zeitungsausgabestellen Herischd.	6,—	Mk.
monatlich „ „ „ „	2,—	Mk
vierteljährlich beim Abholen in der Geschäftsst.	5,50	Mk.
monatlich „ „ „ „ „	1,85	Mk.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung fordert in einer Note an Frankreich die sofortige Räumung des Maingebietes.

* Der deutsche Reichskanzler ist zu einer Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Entente auf den 25. Mai nach Spaa berufen worden.

* Die Zahl der kleinen Anfragen in der Nationalversammlung beläuft sich jetzt schon auf über 900.

* Generalleutnant v. Watter, der Befehlshaber des Wehrkreises 6 in Münster i. W., ist auf seinen Antrag von seiner Dienststellung enthoben worden.

* Die preußische Regierung hat eine große Anzahl ostpreußischer Landräte beurlaubt bezw. suspendiert.

* Der preußische Etat für 1920 sieht einen Schatzanweisungskredit von 20 Milliarden vor.

* Die Berliner Börse bleibt am 1. Mai und am Tage vor Pfingsten geschlossen.

Um Preußens Verfassung.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Es geht wieder um Preußen — wenn auch nur um die neue Verfassung, die man ihm geben will. Bis dahin hat sich mit der provisorischen Verfassung, die aus der Revolution heraus geboren wurde, leidlich regieren lassen; aber schließlich müssen doch auch hier einmal die Verhältnisse endgültig geregelt werden, nachdem das Reich und wohl so ziemlich alle „Länder", die es umschließt, ihre Grundgesetze längst unter Dach und Fach gebracht haben.

Man muß auch sagen, daß die verfassunggebende Landesversammlung ohne jede Spur von Begeisterung an diese Arbeit herangegangen ist. In Weimar gab es wenigstens in der allgemeinen Aussprache noch große, bewegten Herzens gehaltene Reden, die die tiefgehende Erregung des deutschen Volkes nach der Zertrümmerung der Lebensarbeit Bismarcks einigermaßen widerspiegelten. Im Preußenhaus in Berlin figurierte der Verfassungsentwurf als dritter oder vierter Beratungsgegenstand der Montagsitzung, deren Alltagscharakter denn auch keinen Augenblick in Frage gestellt wurde. Nüchtern und interesselos, als handelte es sich um das nebensächlichste Ding von der Welt, ging die Beratung vonstatten. Nicht einmal der Ministerpräsident war zur Stelle. Sein Vorgänger, Herr Hirsch, hatte andere Behandlungsmethoden für solche wichtigen Vorlagen. Und Herr Heine, der frühere Minister des Innern, hätte es ganz gewiß verstanden, den Verfassungsentwurf von weitreichenden Gesichtspunkten aus zu beleuchten und mit seiner gedankenreichen Beredsamkeit der Debatte von vornherein eine tragfähige Grundlage zu geben. Aber sein Nachfolger, Herr Severing, ist offenbar nur mit halbem Herzen bei der Sache. Er verteidigt ein Erbe, keine eigene Schöpfung. Und so gibt er dem Finanzrat, der einen schwachen Ersatz für das fallen gelassene Zweikammersystem bieten sollte, von vornherein preis; zur Freude der beiden sozialistischen Parteien, die neben sich durchaus keine anderen Götter dulden mögen. Was aber wird aus den preußischen Finanzen werden, wenn nur die Männer des demokratischsten Wahlrechts über die Ausgaben zu entscheiden haben? Aus diesen Finanzen, die einst, es ist noch gar nicht lange her, wie eine knorrige Eiche, knorrig und breitausladend, gen Himmel emporstrebten, heute aber wie ein kläglich verkümmertes Gewächs am Boden schmachten.

Aber auch davon abgesehen: die Verfassung läßt sich auch sonst noch viel demokratischer gestalten. Von A bis Z muß sie, sagt der Sprecher der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, den Geist echter Volkssouveränität atmen. Also her mit dem Volksentscheid, damit das Volk auch unmittelbar an der Gesetzgebung teilnehmen kann, nicht bloß durch seine gewählten Vertreter. Und fort mit dem Recht der Regierung zur Parlamentsauflösung; das hieße die Volkssouveränität sozusagen unter Vormundschaft stellen. Noch radikaler sprach der Unabhängige, der am liebsten mit Preußen vollständig aufgeräumt sähe: ein Deutsches Reich und daneben nichts als Selbstverwaltung für die einzelnen Länder. Zweijährige, nicht vierjährige Legislaturperiode, Wahl des Ministerpräsidenten durch den Kammerpräsidenten und ähnliche Dinge mehr sind sein Programm, dem natürlich die Wettbewerbsspitze gegen die Mehrheitssozialisten auch diesmal nicht fehlte. Ganz ohne Kampf wird es also im Verfassungsausschuß nicht abgehen.

Der Redner der deutschnationalen Volkspartei schlug andere Töne an für das schwergetroffene Preußen. Er wies auf das Preußen der Arbeit, der Pflichterfüllung, der Zucht und Ordnung hin, mit dem zugleich das Deutsche Reich groß und stark geworden ist. Daß die Monarchie die wünschenswerteste Staatsform ist, an dieser Überzeugung hält die Rechte fest; nachdem aber die Republik für Preußen durch die Reichsverfassung vorgeschrieben ist, kann sie höchstens auf deren Boden eine Änderung der Verhältnisse anstreben. Dafür findet sie sich — überraschenderweise — mit der Linken in dem Verlangen nach Volksabstimmung und Volksbegehren zusammen. Man sieht also, die früheren Konservativen sind gar nicht so unbelehrbar, wie ihnen immer nachgesagt wird; wobei dahingestellt bleiben mag, ob sie aus sachlichen oder aus parteitaktischen Beweggründen handeln. Dafür rufen sie mit aller Entschiedenheit nach eigenem Landespräsidenten für Preußen als der notwendigen Verkörperung der Einheit des Staatswillens gegenüber der Vielheit der Minister, auch als dem nicht zu entbehrenden Gegengewicht gegen die Allmacht des Parlaments. Für das verlangte Zweikammersystem finden sich Beispiele selbst in so jugendlichen Staatswesen wie Polen und die Slowakei. Bei allen Ausstellungen im einzelnen bieten aber auch die Konservativen ihre Mitarbeit an wie in Weimar. Es wäre zu begrüßen, wenn das gleiche sich auch von den bevorstehenden Ausschußberatungen in Preußen sagen ließe.

Das Ergebnis von San Remo.

Ablehnung des 200 000-Mann-Heeres. — Drohung mit weiterer Besetzung. — Verhandlungsfortsetzung in Spaa. — Vorwürfe der Entente.

Die Verhandlungen in San Remo sind zwar beendet, aber keineswegs zum Abschluß gekommen. Das mag an der Schwierigkeit der ganzen Materie liegen, dann aber auch an dem passiven Widerstande Amerikas, das sich völlig zurückgehalten hat.

Nach einer Meldung aus San Remo soll nun die deutsche Regierung eingeladen werden, den Reichskanzler oder einen anderen Vertreter zu einer Konferenz mit den alliierten Ministerpräsidenten nach Spaa zu entsenden. Die Zusammenkunft soll am 25. Mai stattfinden.

Die Beschlüsse, zu denen man sich in San Remo durchgerungen hat und die in einer Schlußnote niedergelegt wurden, sind der deutschen Regierung zugesandt worden. Sie decken sich so ziemlich mit dem, was in den letzten Tagen durchgesickert war. Im einzelnen sagt die

Erklärung an Deutschland:

„Die alliierten Regierungen haben von dem Brief des Herrn Göppert vom 20. April Kenntnis genommen, der das Ersuchen des deutschen Reichswehrministers, ein Heer von 200000 Mann anstatt der im Vertrag von Versailles vorgesehenen 100000 Mann zu unterhalten, enthält, ein Ersuchen, das mit der Notwendigkeit, die Ordnung aufrechtzuerhalten, begründet wird. Die Alliierten halten darauf, sofort zu erklären, daß ein Vorschlag dieser Art nicht einmal geprüft werden kann,

solange Deutschland die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht erfüllt

und nicht zur Entwaffnung schreitet, von der der Weltfrieden abhängt. Deutschland hat seine Verpflichtungen nicht erfüllt, weder hinsichtlich der Zerstörung des Kriegsmaterials, noch der Herabsetzung der Effektivbestände, noch der Kohlenlieferungen, noch der Wiedergutmachungen und der Kosten für das Besatzungsheer. Es hat weder Genugtuung gegeben, noch sich entschuldigt für die Anschläge, die wiederholt auf Mitglieder alliierter Missionen verübt wurden. Es hat auch noch nicht, wie es im Protokoll des Friedensvertrags vorgesehen ist, Maßnahmen getroffen, um seine Verpflichtung hinsichtlich der Wiedergutmachungen zu bestimmen und um Vorschläge zu machen, damit deren von Deutschland zu zahlender Gesamtbetrag festgesetzt werden kann, trotz des dringenden Charakters, den eine Regelung dieser Art im Interesse aller in Frage kommenden Parteien hat. Deutschland scheint noch nicht einmal geprüft zu haben, wie es seinen Verpflichtungen nachkommen kann, wenn sie verfallen.

Die Alliierten leugnen die Schwierigkeiten nicht ab, denen die deutsche Regierung gegenübersteht,

und suchen ihr nicht eine allzu engherzige Interpretation des Friedensvertrages aufzuzwingen, aber sie sind einig in der Erklärung, daß sie die Fortsetzung der Übertretungen des Friedensvertrages von Versailles nicht dulden können, daß dieser Vertrag ausgeführt werden muß, daß er die Basis der Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten bildet, und daß die Alliierten entschlossen sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, selbst, wenn es notwendig sei, auch zur Besetzung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes zu schreiten, um die Ausführung des Vertrages sicherzustellen. Die Alliierten erklären übrigens, daß sie

nicht die Absicht haben, irgend einen Teil des deutschen Gebietes zu annektieren.

Die Alliierten glauben, daß die durch die Verletzungen des Friedensvertrages aufgeworfenen Fragen und die zur Sicherstellung ihrer Ausführung notwendigen Maßnahmen auf leichtere Art durch einen Meinungsaustausch zwischen den Regierungschefs sichergestellt werden können als durch Noten. Die Alliierten haben sich deshalb entschieden, die Chefs der deutschen Regierung zu einer direkten Konferenz mit den Chefs der alliierten Regierungen einzuladen. Sie wünschen, daß für die vorgesehene Zusammenkunft die deutsche Regierung ihnen

präzise Erklärungen und Vorschläge

über alle angeführten Gegenstände unterbreitet. Wenn man zu einer nach jeder Hinsicht befriedigenden Regelung gelangt, werden die alliierten Regierungen geneigt sein, mit den deutschen Vertretern alle Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen. Aber Deutschland muß begreifen, daß die Einigkeit der Alliierten in bezug auf die Ausführung des Friedensvertrages ebenso innig ist, wie sie es während des Krieges war, und daß das einzige Mittel für Deutschland, seinen Platz in der Welt wieder einzunehmen, in der loyalen Ausführung der Verpflichtungen, die es unterschrieben hat, besteht."

Polnische Aufruhrpläne.

Die Bedrohung Oberschlesiens.

Die Polen hetzen in Oberschlesien und an dessen Grenzen unentwegt weiter und bereiten alles zu einem militärischen Putsch vor. So ist man jetzt hinter einen weiteren polnischen Geheimbefehl gekommen, in dem die sofortige Mobilisation der gesamten polnischen Militärorganisation befohlen wird, damit sie jederzeit bereit sei, nach vorheriger Vereinigung mit Koalitionssoldaten gegen die deutsche „Verschwörung" zu kämpfen. Falls die vorhandenen Waffenlager nicht ausreichen, soll der Kreiskommandant sich sofort an die Alliierten wenden, damit er die nötigen Waffen und Munition erhält. Unsere Arbeiter, so heißt es in dem Geheimbefehl weiter, sind dahin zu beeinflussen, an dem deutschen Generalstreik nicht teilzunehmen.

In einem zweiten Geheimbefehl heißt es: „Die dortige Oberbefehlsstelle muß natürlich eine Verschwörung schaffen und spitzfindig arbeiten. Hierzu ist nötig, daß deutsche Unruhen in jeder Weise unterstützt werden, damit in der Öffentlichkeit kein Verdacht eines polnischen Aufstandes auf uns fällt. Die Gewerkschaftsverbände müssen glauben machen, daß sie auf dem Standpunkt der Deutschen stünden, und daher ihre Ziele scheinbar unterstützen. Außerdem ist notwendig, daß die Oberbefehlsstelle sich an die interalliierte Kommission wendet und sie von der Existenz geheimer deutscher Organisationen überzeugt. Es muß Glauben gemacht werden, daß die Polen weder Waffen noch Munition besitzen, daß aber alle polnischen Sportvereine sich mit den Alliierten vereinigen würden, wenn ihnen Waffen geliefert werden. Dadurch verschleiern wir die Existenz unserer geheimen Waffenlager. Die Deutschen werden keine Beweise dafür haben, daß der Aufstand polnischerseits organisiert worden ist." Es folgen alsdann genaue Anweisungen, wie der Putsch zu organisieren ist. Adressiert sind die Geheimbefehle streng vertraulich an den Platzkommandanten von Beuthen.

Ersatz für die Einwohnerwehren.

Als eine gewaltsame Einmischung in die innerpolitischen Angelegenheiten des deutschen Reiches ist die Note Frankreichs anzusprechen, die die Auflösung der Einwohnerwehren fordert.

Die Hetze der linksradikalen Kreise trägt nun Früchte, die nicht sehr erbaulicher Natur sind.

Wir werden demnach die in den Städten aufgespeicherten großen Vorräte und wirtschaftlichen Werte Schutzorganisationen anvertrauen müssen, deren Neubildung geplant und zu der die „arbeitende Bevölkerung", wie es in der Veröffentlichung des Reichsministers des Innern heißt, mehr als es bisher geschehen ist, herangezogen werden soll.

Das wäre alles schön und gut, wenn der Begriff „arbeitende Bevölkerung" auch richtig verstanden und danach gehandelt wird. Würde aber hierunter die Bildung von „Arbeiterwehren" verstanden, wie sie von linksstehenden Kreisen propagiert wird, so würde dieser Plan in den weitesten Kreisen der Bevölkerung nur dazu beitragen, neue Erregungsstoffe und weitere Unsicherheit zu erzeugen.

Wenn bis heute den so viel geschmähten Einwohnerwehren aus den Kreisen der Arbeiterschaft nicht das erwünschte weite Interesse entgegengebracht wurde, so lag dies weniger daran, daß man dem Arbeiter bei seiner Meldung zur Einwohnerwehr Mißtrauen entgegenbrachte, sondern einfach daran, daß der ruhige Arbeiter nach dem fünfjährigen Kriegsdienst eine nur erklärliche Abneigung gegen den Dienst unter der Waffe hat.

Es steht somit heute zu befürchten, daß sich der neuen Schutzorganisation, ganz gleich, welchen Namen sie tragen wird und wie die Art ihrer Bewaffnung sein wird, auch wieder weniger Arbeiter als — — „Gelegenheitsarbeiter" zur Verfügung stellen werden, das heißt Elemente, die in der radikalen Richtung weniger das Heil und Wohl des Ganzen, als ihr eigenes, persönliches zu suchen gewohnt sind.

Daß diese Befürchtung nicht ganz von der Hand zu weisen ist, zeigen zwei besonders prägnante Fälle, die uns aus Pirna und Altenburg gemeldet werden. Diesen Berichten zufolge hatte seit dem 30. März die bewaffnete Arbeiterwehr von Pirna die Bewachung der Pirnaer Kaserne übernommen, und bei dieser Gelegenheit einen schweren Einbruch in die Kaserne des ehemaligen Feldartillerie-Regiments Nr. 64 verübt und sich dort an dem Vermögen der Reichswehr und der Reichsvermögensstelle arg vergriffen. Es wurden Schuhe, Bekleidungsstücke, Maschinen, Sohlenleder und sonstige Sachen im Werte von über 100 000 Mark gestohlen.

Und auch in Altenburg ist die Wehr in dieser Weise rührig am Werk gewesen.

Es scheint daher nicht empfehlenswert, wenn an die Stelle der aufgelösten Einwohnerwehr Arbeiterwehren treten würden, in denen Mitglieder des Mittelstandes mit Mißtrauen aufgenommen oder gar aus diesem Gefühl heraus von einer Aufnahme ausgeschlossen werden.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 28 April.

Vor der Befreiung des Mainganes.

Paris. Der Oberste Rat hat sich mit der Verlängerung des Augustabkommens beschäftigt. Wie es heißt, werden die französischen und belgischen Truppen den Maingau verlassen, wenn die deutsche Reichswehr im Ruhrgebiet nur noch 20 Bataillone, 6 Schwadronen und 2 Batterien umfassen wird. Bis zum 10. Juni sollen diese Truppen auf die Hälfte herabgesetzt und durch 5000 Mann Polizeitruppen ersetzt werden. Der Rest der Truppen soll dann am 10. Juli das Ruhrgebiet räumen und ebenfalls durch 5000 Mann Polizeitruppen ersetzt werden.

Rote Ausschüsse in Spanien.

Paris. „Havas" berichtet aus Saragossa, daß die Polizei dort einen aus Vertretern der Gewerkschaften zusammengesetzten roten Ausschuß aufgehoben hat, der für die Anschläge der letzten Zeit verantwortlich gemacht wird. Fünfzig Personen wurden verhaftet. Verschiedene Gewerkschaften, darunter die der Maurer und Metallarbeiter, haben diese Maßnahmen mit der Ausrufung des Generalstreiks beantwortet.

Der englisch-italienische Geheimvertrag.

Amsterdam. Wie aus London gemeldet wird, teilte Bonar Law jetzt im Unterhause mit, daß der Londoner Vertrag von 1915 in einigen Tagen veröffentlicht werden wird. Bekanntlich ist Italien auf Grund dieses Vertrages auf Seiten der Alliierten in den Krieg eingetreten.

Verschiedene Meldungen.

London. Der Vollzugsausschuß der schottischen Grubenarbeiter hat beschlossen, daß alle Grubenarbeiter am 1. Mai feiern und zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Kundgebung für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit veranstalten sollen.

Amsterdam. Die Leitung der englischen Völkerbund-Union wird eine Denkschrift veröffentlichen, die auf schleunigen Zusammentritt der Vertreter aller dem Völkerbund beigetretenen Staaten zu einer Völkerbundstagung bringt.

Der Mut zur Wahrheit.

Nachdem die radikalen Kreise nicht entrüstet genug von ihrem Genossen Hölz abrücken konnten und ihn immer wieder mit mehr Eifer als Glaubwürdigkeit als einen Räuberhauptmann hinzustellen versuchten, „durch dessen Taten die gerechte Sache des Proletariats auf das gefährlichste diskreditiert wird", hat die „Rote Fahne", das Berliner Kommunisten-Organ in ihrer Nummer vom 7. April den Mut zur Wahrheit.

In einer Notiz „Rettet West-Sachsen" heißt es wörtlich:

Das Berliner Tageblatt meldet:

Die Lage in Plauen ist noch ungeklärt, die Anhängerschaft des Führers der Banden, Hölz, beträgt etwa 500 Mann. Es sind, wie wir erfahren, um die Zustände zu regeln, bereits Maßnahmen seitens der Regierung eingeleitet worden. Sie ist fest entschlossen, anzugreifen, wenn es den Organisationen nicht bis heute abend gelingt, Ruhe und Ordnung zu schaffen und dem Räuberunwesen ein Ende zu machen.

Die so gut durchgeführte Hetze gegen Hölz soll nun mit der Tat gekrönt werden. Doch diese Tat soll nicht nur Hölz, sie soll das gesamte Proletariat Westsachsens zu spüren bekommen.

Hier wie im Ruhrgebiet dieselben Greuelmärchen, dieselben Drohungen. Der Angriff auf das Ruhrgebiet soll wiederholt werden. Er wird wiederholt werden, wenn nicht die Arbeiterschaft ganz Deutschlands sich zur Rettung ihrer Brüder erhebt.

Bemerkenswert an dieser Notiz der „Roten Fahne" ist besonders, daß sie von einer Hetze gegen Hölz spricht, während es sich jedoch einfach um die Aktion gegen eine, die Bevölkerung auf das ungeheuerlichste vergewaltigende Abenteurernatur handelt. Außerdem ist es sehr interessant, daß diese Meldung das Unternehmen des Genossen Hölz mit den Ereignissen im Ruhrgebiet in Verbindung bringt. Und ebenso bemerkenswert ist der Schlußsatz, in dem die Arbeiterschaft ganz Deutschlands zur Rettung ihrer Brüder, zu denen also auch Genosse Hölz gehört, aufgerufen wird.

Man braucht wahrlich die kommunistische Partei um den netten Bruder aus dem Vogtlande nicht beneiden, doch ist es abzuwarten, ob sich die Arbeiterschaft im Ruhrrevier mit diesem Genossen aus Frankenstein solidarisch erklären wird.

Was der „Roten Fahne" in dieser Angelegenheit recht ist, soll dem Organ der kommunistischen Partei, „Der Kämpfer", billig sein. Auch dieses Blatt nennt die Berichte der „Vossischen Zeitung" über die „Taten" des Genossen Hölz erlogen und eine durchsichtige Pogromhetze gegen die Kommunisten.

Deutsche Nationalversammlung.

(172. Sitzung.) CB. Berlin, 27. April.

Man will bis zum Donnerstag fertig werden, und es ist noch viel zu erledigen. Man verhandelt daher unverdrossen weiter. Die heutige Sitzung wurde mit der Erledigung

kurzer Anfragen

eingeleitet. Auf die Frage nach dem Streik der deutschen Richter in Oberschlesien wurde von der Regierung erwidert: Gegen die Eingriffe der Ententekommission in Oppeln in die deutsche Gerichtsbarkeit ist Einspruch erhoben worden. Die deutschen Richter werden die Arbeiten erst wieder aufnehmen, wenn Sicherheiten gegen neue Willkürakte der Entente geschaffen sind. Abg. Deglerk (Deutschnat. Vp.) wies darauf hin, daß die preußische Regierung in der Landesversammlung zum Streikrecht der Beamten erklärt habe: Ein Beamter, der streikt, bricht seinen Eid und verletzt seine Amtspflicht. Der Abgeordnete fragt, wie es sich damit vereinbaren lasse, daß die Reichsregierung und der Reichspräsident während des Kapp-Putsches die Beamten zum Streik aufgefordert haben. Der Reichsminister erwiderte, mit dem Verhalten der Beamten während des Kapp-Putsches hat die Frage des Beamtenstreiks nichts zu tun. Die Beamten sind der Verfassung treu geblieben, indem sie den Usurpatoren auch durch Verweigerung der Arbeit schärfsten Widerstand leisteten. Bei ihrem Verhalten sind die Beamten entweder den Weisungen ihrer Vorgesetzten gefolgt, oder beim Mangeln solcher Weisungen in Übereinstimmung mit den Auffassungen ihrer Vorgesetzten gehandelt. Für dieses Verhalten ist ihnen mit Recht Dank und Anerkennung ausgesprochen worden.

Das Verfahren gegen Kapp.

Der Abg. Loebe (Soz.) fragte, ob die Möglichkeit bestehe, daß Kapp der Rechtsprechung durch die deutschen Gerichte zugeführt werde? Hierauf erwiderte Reichsjustizminister Blunck, daß der Auslieferungsvertrag mit Schweden sich ausdrücklich nicht auf politische Vergehen beziehe. Man könnte hier besondere Verhandlungen über eine Auslieferung Kapps anknüpfen. Das werde aber nicht geschehen, weil eben ein politisches Vergehen in Frage komme, und die Parteien, die jetzt die Mehrheit bilden, in solchen Fällen eine Auslieferung nicht beantragen wollen. Überdies bestimmt die schwedische Gesetzgebung ausdrücklich, daß politische Verbrecher, nicht nach ihren Heimatsorten ausgewiesen bzw. ausgeliefert werden dürfen.

Die zweite Beratung des Notetats

wird nun fortgesetzt. Abg. Dr. Riesser (Dtsch. Vp.) betonte, daß seine Partei dem Reichsfinanzminister ohne Vorurteil gegenüberstehe. Bei den neuen Steuern handle es sich nicht um eine einheitliche Gesetzgebung, sondern nur um ein Mosaik von Steuern. Diese Steuerreform stelle einen Versuch der indirekten Sozialisierung dar. Bedenklich sei die Streichung der ursprünglichen Vorschriften über die Verwendung des Ertrages zur Tilgung der schwebenden Schuld. Wir sollen arbeiten und entbehren nur für unsere Feinde. Der Redner ersuchte um Verminderuug und Herabsetzung der Besatzungsarmee und ihrer Besoldung. Schließlich sprach sich der Redner nachdrücklich gegen weitere Sozialisierungsversuche aus.

Abg. Henke (U. Soz.) betonte, daß seine Partei in dem Wahlkampfe für den Sozialismus gegen alle anderen Parteien gehe, deren Kapitalismus sich immer deutlicher enthülle. Sogar die Demokraten hätten jetzt einen Vorstoß gegen den Achtstundentag gemacht. Man wolle die Arbeiter immer weiter ausbeuten.

Die Rote Armee.

Der Redner ging weiter auf die Vorgänge im Ruhrgebiet ein und verlangte Amnestie für die Angehörigen der Roten Armee. Weiter machte der Redner unter großer Unruhe der Rechten eine Reihe von Vorwürfen über die Nichterfüllung des Friedensvertrages. Er behauptete dabei, daß die Regierung eine Gefangene des Militärs sei.

Reichsjustizminister Blunck ging auf die Äußerungen des Vorredners über die Amnestie für die Aufrührer im Ruhrgebiet ein, indem er betonte, daß das Bielefelder Abkommen nicht Straffreiheit für alle diejenigen gewähre, die sich Vergehen haben zuschulden kommen lassen. Von einer solchen allgemeinen Amnestie sei in dem Abkommen nicht die Rede gewesen. Die Plünderer werden mit den schärfsten Mitteln bestraft. Allerdings hat der Abg. Henke die Plünderungen als harmlose Requisitionen der Roten Armee bezeichnet. Das sei aber eine Umkehr aller Rechtsbegriffe. Der Justizminister schloß mit der nochmaligen Versicherung, daß

die bolschewistischen Rädelsführer

mit aller Schärfe des Gesetzes gefaßt werden würden. Der nächste Redner, der Abg. Schirmer von der bayerischen Volkspartei verlangte verschiedene Aufwendungen für Kanalanlagen, wandte sich aber im übrigen gegen die Verschwendung, die mit den öffentlichen Geldern getrieben würde. In den paar Tagen, die seit Vorlegung des Notetats vergangen seien, habe man schon wieder drei Milliarden Mehrausgaben vorgenommen. Der Reichsverkehrsminister Bell ging darauf auf die Kanalfragen ein und entwickelte in dieser Hinsicht die vorliegenden Pläne der Reichsregierung. Nach weiterer Besprechung der Kanalpläne, in die der Reichsverkehrsminister Bell nochmals eingriff, sprach der Abg. Hausmann (Soz.) über die Verhältnisse im Ruhrgebiet und die Taten der Roten Armee.

Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach sich Abg. Gilsing (Ztr.) gegen den 1. Mai als Feiertag aus. Er forderte den Abbau der Kriegsgesellschaften.

Reichswehrminister Geßler verteidigte seinen Amtsvorgänger Noske, der sich um Deutschland viele Verdienste erworben habe. Er ermahnte, die Nerven nicht zu verlieren, sondern ruhig Blut zu behalten.

Die Abstimmungen über die verschiedenen Punkte begannen erst in vorgerückter Stunde.

Preußische Landesversammlung.

(139. Sitzung.) tt. Berlin, 27. April.

Das Haus erledigte in seiner heutigen Sitzung zunächst die namentliche Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Groß-Berlin. Abgegeben wurden 317 Stimmen; der Stimme enthielten sich fünf, mit Ja stimmten 164, mit Nein 148. Das Gesetz ist also angenommen. (Beifall links — Zischen rechts.)

Die Feier des 1. Mai.

Nun wurde der Antrag Gräf-Frankfurt (Soz.), den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären, und in Verbindung damit ein Antrag Adolf Hoffmanns (Unabh. Soz.) auf Annahme eines Gesetzes über den 1. Mai als allgemeinen Volksfeiertag behandelt. Abg. Kröger-Merseburg (Soz.) begründete den sozialdemokratischen Antrag unter starkem Widerspruch aus dem Hause. Den Antrag der Unabhängigen begründete Abg. Adolf Hoffmann. Er legte dar, daß der 1. Mai ursprünglich als Demonstrationstag der Arbeiter für den Achtstundentag, für die Arbeiterschutzgesetzgebung, für den Frieden und für die Völkerversöhnung gedacht gewesen sei. Als einzige dieser Forderungen sei der Achtstundentag erfüllt worden; allein auch an diesem werde bereits wieder gerüttelt. Abg. Gronowski (Zentr.) lehnt die Anträge der beiden sozialistischen Parteien entschieden ab und wendet sich heftig gegen den Kultusminister Haenisch, dessen Schulerlaß zum 1. Mai von allen guten Geistern verlassen gewesen sei. Starker Lärm entsteht andauernd bei den Sozialdemokraten beider Richtungen, als der Redner sagt, gegen solche Volkserziehung müsse er schärfsten Einspruch erheben.

Ablehnung der staatlichen Maifeier.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: 168 Stimmen dagegen, 136 Stimmen dafür. Damit ist der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag in Preußen abgelehnt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Massenratifikationen.** Nach einer in diesen Tagen eingegangenen Mitteilung der französischen Regierung haben nunmehr auch Griechenland und Portugal den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert. Abgesehen von Griechenland und Portugal ist der Friedensvertrag bekanntlich bisher im Verhältnis zwischen Deutschland einerseits und dem britischen Reiche, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Bolivien, Brasilien, Guatemala, Peru, Polen, Siam, der Tschecho-Slowakei, Uruguay, Cuba, und dem serbisch-kroatisch-slowenischen Staat anderseits in Kraft getreten.

✚ **Räumung des Mainganes gefordert.** Zuverlässigen Nachrichten zufolge bereitet die deutsche Regierung eine Note vor, in welcher von der französischen Regierung die Räumung von Frankfurt a. M. und der andern neubesetzten Gebiete verlangt werden soll mit Hinweis darauf, daß die in das Ruhrgebiet entsandten Reichswehrtruppen zurückgezogen worden sind, so daß die Zahl der Truppen in der neutralen Zone die in dem Friedensvertrag zugebilligte Pflichtzahl nicht mehr überschreitet.

✚ **Zulagen für Unfallrentner.** Der Reichsrat hat eine Verordnung beschlossen, wonach bei diesen Zulagen die Bedürfnisfrage nicht mehr geprüft, die Zulage bei jeder Erwerbsfähigkeit von 50 % und mehr gegeben und nicht mehr einheitlich, sondern nach dem jährlichen Arbeitsverdienst abgestuft werden soll. Dabei werden drei Perioden von 1887—1900, von 1901—1915 und von 1916—1919 unterschieden. Für landwirtschaftliche Unfallrentner soll nach dem Jahresarbeitsverdienst in der ersten Periode eine Zulage von 100 %, in der zweiten Periode von 80 % und in der dritten Periode von 60 % gegeben werden, bei gewerblichen Unfallrentnern betragen die Sätze 80, 60 und 40 %. Auch Witwen und Waisen erhalten entsprechende Zulagen. Die Gültigkeitsdauer der Verordnung wurde bis zum 31. Dezember 1921 erstreckt.

✚ **Die neue Mietssteuer von 10 %**, die die Länder zunächst für die Dauer eines Jahres erheben werden, findet bei den Parteien der Nationalversammlung recht geteilte Meinungen. Dem platten Lande wird die Mietssteuer zunächst nichts nutzen, da auf dem Lande und den kleinen Städten die Bautätigkeit kaum einsetzen wird, sie wird hauptsächlich den großen Städten zugute kommen. Die Entwicklung soll aber dahin führen, die Menschenmassen aus den Städten herauszubringen, um hier wieder normale Verhältnisse zu schaffen. Es ist der Gedanke aufgetaucht, die neue Vorlage über die Erhebung einer Abgabe zum Baukostenausgleich nur unter der Bedingung anzunehmen, daß die Staaten sich verpflichten, zunächst außerhalb der großen Städte die Bautätigkeit zu fördern. Damit ist den Städten und dem platten Lande geholfen. Den Gemeinden soll das Recht gewährt werden, Zuschüsse zu der neuen Mietssteuer zu erheben. Nach Ablauf eines Jahres will das Reich weitere Maßnahmen in Erwägung ziehen.

✚ **Die Volksschullehrer in der Besoldungsordnung.** Das Preußische Staatsministerium hat beschlossen, daß die Volksschullehrer unter Verlängerung des Diätariats auf sieben Jahre in die Besoldungsgruppe VII eingereiht werden sollen. Damit ist der jahrzehntelange Streit um die Einreihung der Lehrer in einer ihren Wünschen vollauf entsprechenden Weise beigelegt worden.

✚ **Der neue sächsische Ministerpräsident.** Die Frage der Neubesetzung des Postens des Ministerpräsidenten hat in der Landeskonferenz der Sozialdemokratie in Meißen ihre Erledigung gefunden. Die Versammlung trug das Amt dem früheren Kultusminister Buck an, der sich zur Annahme des Amtes bereiterklärte.

✚ **Wahlergebnisse in der Bayerischen Pfalz.** Bei der Wahl zu den pfälzischen Kreistagen entfielen auf die einzelnen Parteien die folgenden Stimmenziffern, denen wir zum Vergleich die Ergebnisse der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung beifügen: Deutsche demokratische Partei 33 613 (59 417), Deutsche Volkspartei und Bund der Landwirte 98 835 (88 352), Zentrumspartei 92 804 (124 207), Mehrheitssozialisten 95 511 (170 216), Unabhängige Sozialisten 35 712 (7229). Im ganzen wurden abgegeben 356 465 (449 421) Stimmen. Auffallend ist der zum Teil erhebliche Rückgang der Koalitionsparteien und das starke Anwachsen der Extremen festzustellen. Die Deutsche Volkspartei, die mit dem Bund der Landwirte Hand in Hand geht, hat ihren prozentualen Anteil von 19,7 auf 37,7 erhöhen können.

✚ **Keine Amnestie für das Ruhrrevier.** Um bestehenden irrtümlichen Ansichten entgegenzutreten, läßt die Reichsregierung im Ruhrgebiet folgendes bekanntmachen: Entsprechend dem Bielefelder Abkommen hat der Reichsjustizminister erklärt, daß eine Strafverfolgung aller derjenigen nicht erfolgen soll, die in der Abwehr des verbrecherischen Kapp-Putsches ihrer besten Überzeugung nach ihre Pflicht dem Volke gegenüber und zur Verteidigung der Verfassung zu tun glaubten. Eines besonderen Amnestiegesetzes bedarf es hierzu nach den allgemeinen Grundsätzen des Strafrechts nicht. Die Staatsanwaltschaft und Militärbehörden haben dementsprechend Anweisung erhalten. Ein besonderer Staatsanwalt soll mit der Beobachtung dieser Grundsätze beauftragt werden. Eine Amnestie, die über diese Grundsätze und die Bestimmungen des Bielefelder Abkommens hinausgeht, kann den gesetzgebenden Körperschaften von der Reichsregierung nicht vorgeschlagen werden. Insbesondere kann allen denen, die auch jetzt noch die Waffen nicht freiwillig herausgeben, keinerlei Begnadigung in Aussicht gestellt werden.

✚ **General v. Seeckt an die Offiziere.** Der Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, erläßt einen Befehl an das Offizierkorps der Reichswehr, in dem es zum Schluß heißt: „Im festen Vertrauen auf das Offizierkorps bin ich an die Spitze der Heeresleitung getreten. Fünfunddreißig Jahre lebe ich in der Armee und für sie. Ihr gehört der Rest meiner Kräfte. Niemand kann tiefer als ich im Herzen die Nöte und Sorgen aller mitempfinden. Wenn wir zusammenstehen, werden wir der Schwierigkeiten, wie schon so oft, Herr werden. Es ist nicht zu erwarten, daß ein jeder den Wandel der Zeit in seinem Herzen begrüßt. Durchdrungen muß aber ein jeder von uns von der inneren Überzeugung sein, daß nur, wenn der Soldat treu zu seiner verfassungsmäßigen Pflicht steht, der Weg wieder aufwärts führt."

✚ **Protest gegen die Kandidaturen von Noske und Heine.** Die Kölner Sozialdemokratie beschloß, entschieden dagegen zu protestieren, daß der sozialdemokratische Parteivorstand die bisherigen Minister Noske und Heine auf die Reichsliste gesetzt habe. Diese Liste dürfe nur von der Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei aufgestellt werden.

✚ **Maßregelungen in Ostpreußen.** Das preußische Innenministerium beschloß: Zu beurlauben ist: Landrat Schumann in Insterburg, Landrat Dr. Wichert in Angerburg, Landrat v. Martius in Darkehmen; zu suspendieren: Freiherr Schulz von Ascherade in Stallupönen, Landrat Zwicker in Ragnitz. Ferner zu beurlauben: Regierungsrat Dr. Schmiede in Pillkallen, Landrat Dr. Simon in Gumbinnen. Zu suspendieren: Der stellvertretende Landrat Dr. Poll in Niederung-Heinrichswalde. Zu beurlauben: Landrat Dr. Constantin in Labiau.

Dänemark.

× **Wahlsieg der Bauern-Linken.** Nach den bisher bekannten Ergebnissen der dänischen Wahlen erhielten Stimmen: Radikale 80 500, Sozialdemokraten 125 000, Bauern-Linke 342 000, Konservative 90 000. Die anderen Parteien erhielten nur wenige Stimmen, obgleich diese Zahlen ausschließlich aus der Provinz stammen, da die Ergebnisse in Kopenhagen noch nicht bekannt sind, läßt sich doch daraus ersehen, daß die Radikalen eine schwere Niederlage erlitten haben, während die Bauern-Linke einen über Erwarten großen Fortschritt aufzuweisen hat. Der letzte sozialdemokratisch-radikale Regierungsblock ist damit für die Bildung des neuen Ministeriums vollkommen ausgeschaltet.

Aus In- und Ausland.

Paris. Die französische Kammer hat die Umsatzsteuervorlage angenommen. Die Steuer soll 1 oder 1½ % betragen, je nachdem im späteren Stande der Verhandlungen die Luxussteuer, gegen die stark Stimmung gemacht wird, beibehalten oder aufgehoben wird.

Paris. Nach Meldungen aus San Remo ist das Königreich Hedjas endgültig als autonomer Staat anerkannt worden.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 29. April.

Sonnenaufgang	4^{35}	Mondaufgang	3^{41} N.
Sonnenuntergang	7^{20}	Monduntergang	2^{51} V.

1806 Dichter Ernst Frhr. v. Feuchtersleben geb. — 1918 Sturz der ukrainischen Regierung.

□ **Eintragung in die Wählerlisten.** Die Reichstagswahlen stehen vor der Tür, und der Aufmarsch der Parteien zum Wahlkampf hat bereits begonnen. Die Wahlen dürften von ausschlaggebender Bedeutung für die künftige Gestaltung des Deutschen Reiches werden, denn von der Politik, die der kommende Reichstag machen wird, wird es abhängen, wie wir uns wirtschaftlich werden einrichten müssen. Es hat deshalb jeder wahlberechtigte deutsche Staatsbürger, ob Mann oder Frau, die Pflicht, den Gang der Politik „nach bestem Wissen und Gewissen" zu beeinflussen. Das kann er aber nur, indem er sich an der Wahl beteiligt und seinen Stimmzettel in die Wahlurne wirft. Um dies tun zu dürfen, muß er aber als Wähler in den Wählerlisten verzeichnet stehen. Wer nicht eingeschrieben ist, geht sozusagen automatisch seines Wahlrechts verlustig. Es sollte daher jeder, der es mit seinen staatsbürgerlichen Pflichten ernst meint, sobald die Wählerlisten ausgelegt werden, genau darauf achten, ob sein Name darin steht und vor allem richtig darin steht. Wer Fehler entdeckt, sollte sofort für deren Korrektur und Ausmerzung sorgen, und wer seinen Namen überhaupt nicht findet, sollte energisch darauf dringen, daß er nachträglich eingetragen wird.

Warmbrunn.

* **Vaterländischer Frauen-Verein.** Am vergangenen Donnerstag hielt der Vaterländische Frauen-Zweig-Verein Warmbrunn-Herischdorf in der „Preußischen Krone" seine Generalversammlung ab, die leider recht schwach besucht war. Die Berichte gaben ein recht anschauliches Bild von der Tätigkeit des Vereins und dem großen Segen, den derselbe gerade in der Kriegszeit und der daran anschließenden Notzeit gebracht hat. Die Vorsitzende, Frau von Zacha, gab ihrem Bedauern Ausdruck, daß manche Fürsorge hat eingestellt werden müssen, so die Versorgung von Wöchnerinnen und Säuglingen mit Milch, so die Darreichung von Frühstückssuppen an die Schulkinder. Vom 20. April 1915 bis 28. Februar 1920 sind für diese Suppen allein in Herischdorf 117½ Zentner Mehl, 15 Zentner Salz, 2½ Zentner Suppenwürze, 41 Pfund Farin, 43½ Pfund Margarine, 9 Pfund Speck verbraucht worden. Für Lebensmittel und Bekleidung an die notleidende Bevölkerung wird nach wie vor in umfassender Weise gesorgt. Frau von Rosen berichtete über das vom Verein geleitete Privatpflegehaus „Grauer Schwan", welches am 31. Dezember 1919 geschlossen worden ist, nachdem von Seiten der Militärverwaltung der Vertrag gekündigt worden war. Recht anschaulich schilderte sie die letzte Weihnachtsfeier, die gleichzeitig die Abschiedsfeier war. Den Ueberschuß aus der Verwaltung überwies sie der Kasse des Vereins. Frau von Katzler legte in ihren Ausführungen dar, daß die Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen nunmehr staatlich geordnet worden sei. Wenn sie auch mit Schmerz die ihr lieb gewordene Arbeit an den Witwen und Waisen der Kriegsteilnehmer in andere Hände gelegt habe, ist es ihr doch eine Freude, daß sie sich auch heute noch an dieser Tätigkeit beteiligen könne, da sie sowohl in Warmbrunn wie in Herischdorf der Kommission angehöre und mit ihrer durch langjährige Erfahrung erlangte Personenkenntnis manchen Nutzen bieten könne. Die Säuglingsfürsorge wird in Warmbrunn durch Frau von Wehren, in Herischdorf durch Fräulein Schloßbauer ausgeübt. Erfreulicherweise wächst, so bringt der Bericht zum Ausdruck, auch in den Kreisen der Mütter das Verständnis für diese segensreiche Einrichtung. Den beiden behandelnden Aerzten, Sanitätsrat Dr. Moses und Dr. Crancioch wurde Anerkennung gezollt für ihre selbstlose Tätigkeit. Der Kassenbericht, erstattet vom Kassierer des Vereins Pastor Kuske wies eine Einnahme von 3212,69 Mark, eine Ausgabe von 2782,14 Mark nach, so daß ein Bestand von 430,55 Mark verblieb. Das Vermögen des Vereins beträgt 5234,67 Mark, darunter 222,80 Mark zum Ausbau des Herischdorfer Schwesternheims. Möge es dem Vaterländischen Frauenverein auch im neuen Jahre beschieden sein, unter veränderten Verhältnissen seine segensreiche Arbeit zum Wohle der Notleidenden und zu Ehre Gottes zu tun.

* **Der Haus- und Grundbesitzervein** hielt am Montag in der „Preußischen Krone" eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Stellung genommen werden sollte gegen den Einbau der Wassermesser und der Schächte dazu. Der Vorsitzende, Herr Rentier Katzlan, erörterte in seiner Einleitungsrede die schon vor 15 Jahren erfolgte mangelhafte Anlage unserer Wasserleitung und die dabei begangenen Fehler durch Gemeinde und Unternehmer und nahm Stellung gegen den Bau der Schächte, da es für den Hausbesitzer fast unmöglich sei, die Kosten hierfür — etwa 600 Mark für den Schacht — aufzubringen. Ueberhaupt wäre die Anschaffung der Wassermesser zu einer Unzeit erfolgt; sei es bisher ohne dieselben gegangen, so konnte man billigere Zeiten abwarten und die Mehrkosten für den Betrieb des Wasserwerks durch Erhöhung der bisherigen Raumsteuer aufbringen. Herr Gemeindevorsteher Neugebauer bewies durch reichhaltig vorliegendes Material und Sachverständigen-Gutachten die dringendste Notwendigkeit der Wassermesser. Der gerichtliche Sachverständige, Ingenieur Rosenquist aus Breslau, der wiederholt unser Wasserwerk untersucht, bekundete durch seine Gutachten, daß die Anlage vor der Gefahr des Zusammenbruchs stehe, wenn nicht endlich mit der Wasservergeudung, ob in oder außer den Grundstücken, ein Ende gemacht werde durch Einbauen der Wassermesser. Das Wasserwerk müsse infolge Mehrverbrauchs von 120 000 Kubikmetern Wasser im Jahre unbedingt zugrunde gehen, denn die Maschinen könnten diese Belastung nicht mehr aushalten; eine Neuanlage sei jedoch mit fast unerschwinglichen Kosten verbunden. Durch das Einbauen der Wassermesser wird aber nicht nur der Wasserverschwendung der Abnehmer ein Ziel gesetzt, da der Verbrauch nach Kubikmetern bezahlt werde, sondern es sei dadurch auch möglich, Rohrbrüche außerhalb der Grundstücke festzustellen, was bisher nur dann der Fall war, wenn sich das Wasser nach der Oberfläche Bahn brach; in den meisten Fällen verschwinde das Wasser aus den Rohrbrüchen in der Erde. Dem Einwande aus der Versammlung, daß die Hausbesitzer sich weigerten, die Schächte zu bauen, begegnete Herr G.-V. Neugebauer damit, daß das Ortsstatut über die Wasserleitung von vornherein die Verpflichtung der Hausbesitzer enthalte, Schächte herrichten zu lassen. Wenn diese Pflichten, die bei Bauten unter seiner Verwaltung stets innegehalten werden mußten und auch weiter müssen, früher nicht erfüllt worden seien, so treffe die Schuld daran nicht die jetzige, sondern die frühere Behörde, die zuviel Nachsicht geübt habe. Gesetzlich können demnach die betr. Hausbesitzer gezwungen werden, die Schächte anzulegen. Durch die ungerechtfertigte Verzögerung der Schächteanlage sei es kaum möglich, vom 1. Juli d. Js. an schon den Wassermessertarif genau festzulegen. Er müste aber nun endlich eingeführt werden, damit das Wasserwerk vor einer Katastrophe bewahrt werde. Es sei daher leicht möglich, daß in diesem Jahre der Kubikmeter Wasser um einen oder auch mehr Pfennige teuerer als nötig berechnet werde. Dieser Mehrbetrag käme aber den Verbrauchern im nächsten Jahre zugute, durch entsprechende Herabsetzung des Preises. Was die Kosten der Schächte anbelangt, so seien die betr. Hausbesitzer berechtigt, diese nach § 10 der Mietordnung auf die Mieter abzuwälzen. Seitens der Versammlung wurde Herrn G.-V. Neugebauer der Vorwurf gemacht, daß er über die Köpfe der Gemeindevertretung hinweg die Bestellung auf die Wassermesser gemacht habe. Herr Neugebauer begründete dies damit, daß er das günstigste Angebot der Firma Meinecke innerhalb 48 Stunden verpflichtet war, anzunehmen. Dieses Angebot enthielt nicht nur einen außerordentlich niedrigen Preis (87 Mark pro Messer) sondern auch die feste Zusage, daß dieser Preis unter allen Umständen bei sofortiger Bestellung vorbehaltlos innegehalten werde, was bei anderen Angeboten nicht der Fall war. Da die Gemeindevertretung nur mit einer Ladungsfrist von 4 Tagen Beschlüsse fassen kann, so war es unmöglich, sie zu vorliegendem Zweck einzuberufen. Herr Neugebauer berief sofort die Schöffen und vergab mit deren Einverständnis den Auftrag, also eigenmächtig habe er hier nicht gehandelt. Der Gemeinde seien durch diese schleunige Bestellung schon innerhalb weniger Tage 25 Prozent Aufschlag auf die Wassermesser erspart worden. Der Preis der Wassermesser von 57 Mark das Stück sei bei der jetzigen teuren Zeit ein geradezu lächerlich billiger, denn ein solcher kostet heute schon 300 Mark. Weiter wurden dem Gemeindevorsteher darüber Vorwürfe gemacht, daß mit dem Einbau der Wassermesser die hiesigen Handwerksmeister übergangen worden seien. Herr Gemeindevorsteher Neugebauer erwiderte hierauf, daß die Verhandlungen mit denselben wegen zu hoher Forderungen gescheitert seien, aus diesem Grunde habe die Gemeinde den Einbau in eigene Regie genommen und ihre Leute damit beauftragt, die von der Gemeinde bezahlt würden; auch einige Handwerksmeister führen den Einbau aus. Das Endergebnis der Versammlung war, daß man sich mit der Notwendigkeit der Wassermesser abfand, ebenso mit dem Bau der erforderlichen Schächte. Dem Herrn Gemeindevorsteher wurde jedoch ans Herz gelegt, minderbemittelten Hausbesitzern zum Bau der Schächte leichtverzinsliche Darlehn zu geben, was dieser auch versprach. Auch ein besseres Entgegenkommen gegenüber dem Handwerk bei Vergebung von Gemeindearbeiten wurde Herrn Neugebauer nahegelegt. Der Vorsitzende, Herr Katzlan, schloß die Versammlung mit dem Dank an die zahlreich Erschienenen und an die Gemeindevertretung.

* **Die Silberne Hochzeit** beging am 28. d. Mts. das Schuhmachermeister Opitz'sche Ehepaar, Feldgasse 6. Herr Opitz bewohnte während der 25 Jahre seines Ehestandes dieselbe Wohnung. Wir wünschen ihm noch recht viele, glückliche Lebensjahre an der Seite seiner Lebensgefährtin.

Herischdorf.

Die Ausgabe der Zuckermarken

für Monat Mai findet wie folgt statt:

Donnerstag, den 29. April

Vormittags	8—9 Uhr	Haus Nr. 1—30 und 253
	9—10 „	„ „ 31—60
	10—11 „	„ „ 61—96
	11—12 „	„ „ 97—119 u. 250
Nachmittags	2—3 „	„ „ 120—146
	3—4 „	„ „ 147—155

Freitag, den 31. April,

Vormittags	8—9 Uhr	Haus Nr. 156—185
	9—10 „	Tannenberg, Stonsdorferstraße, Deutsche Kolonie,
	10—11 „	Haus Nr. 186—201, Walterstraße, Märzdorferstraße,
	11—12 „	Haus Nr. 202—225
Nachmittag	2—3 „	„ „ 226—244
	3—4 „	Füllner-Kolonie.

Die Marken sind von den Hausbesitzern bezw. deren Beauftragten gegen Vorlegung der Bezugscheine in Empfang zu nehmen.

Uns ist ein

Posten Kleidungsstücke

angeboten worden und zwar:

1. 30 Matrosen-Anzüge für Knaben im Alter von 6—10 Jahren, waschbar, rein Leinen. Preis per Stück 120 Mk.
2. 90 blaue Cheviothosen für dasselbe Alter. Preis per Stück 40 M.
3. 100 Stück amerikanische Wollblusen für Herren. Preis per Stück 45 M.

Die Ware kann im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 2, besichtigt werden. Bestellungen darauf werden bis Sonnabend den 1. Mai daselbst angenommen. Lieferung der bestellten Sachen erfolgt in nächster Woche.

Herischdorf, den 27. April 1920.

Der Gemeindevorsteher: Feeser.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische oder österreichische Kronen, schweizer und französische Frank und Lire sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief" = angeboten; „Geld" = gesucht.)

Börsenplätze	27. 4. Geld	27. 4. Brief	26. 4. Geld	26. 4. Brief	Stand 1. 8. 14
Holland . . Gulden	2112,75	2117,25	2162,75	2167,25	170 Mk.
Dänemark . Kronen	994,—	996,—	1009,—	1011,—	112 „
Schweiz . . Frank	—	—	—	—	80 „
Amerika . . Dollar	58.15	58,35	—	—	4,40 „
England . Pfund	221,75	222,25	226,75	227,25	20,20 „
Frankreich . Frank	—	—	—	—	80 „
Italien . . Lire	249,75	250,25	249,75	250,25	80 „
Dt.-Österreich Kronen	28,47	28,53	28,22	28,28	85 „

Berliner Produktenverkehr. Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 27. April: Hafer für 1000 Kilogramm auf Abladung 3060—3000 Mark ab Station.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 330—375 Mark, gelbe und grüne Erbsen 200—280 Mark, Bohnen, weiße inländische —,— Mark, Peluschken 130—140 Mark, Pferdebohnen 130—140 Mark, Wicken 125—130 Mark, Lupinen 70—79 Mark, Serabelle 65—73 Mark, Wiesenheu, lose, 33—35 Mark, Stroh, drahtgepreßt 18—20 Mark, gebündelt 15—17 Mark, Trockenschnitzel 68—70 Mark, Patent Steffen 100—103 Mark.

✱ **Neuausprägung von Kleingeld.** Die preußische Münzverwaltung beabsichtigt im Rechnungsjahre 1920 für über 27 Millionen Mark in Aluminium-50-Pfennig-Stücken, 5 300 000 Mark in Zink-Zehnpfennig-Stücken und 4 700 000 Mark in Eisen-Fünfpfennig-Stücken auszuprägen, um der Kleingeldnot abzuhelfen. Kleinere Münzen werden vorläufig nicht ausgeprägt.

✱ **Preisstürze und Zahlungsschwierigkeiten.** Im Zusammenhang mit dem weiteren Rückgang der Devisenkurse haben sich auf dem Hamburger Warenmarkt die Preise für Hülsenfrüchte ganz erheblich ermäßigt. So wurden für Reis 10,50 Mark pro Kilo, für Brasilbohnen 5 Mark und Rangoonbohnen 5,50 Mark pro Kilogramm bezahlt. Diese Preise stellten sich vor kurzem noch auf 20 Mark für Reis, 9 Mark für Brasilbohnen und auf 10 Mark für Rangoonbohnen. Die Firma Otto Hesse, eine große Handelsimportfirma, die in letzter Zeit in Reis erhebliche Abschlüsse getätigt hatte, ist infolge dieser rückläufigen Bewegung auf dem Warenmarkt in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Der Firma ist es jedoch gelungen, mit ihren Gläubigern ein Abkommen zu treffen. Weitere Zahlungseinstellungen auf dem Hamburger Markt werden befürchtet.

Leben und Wissen.

= **Gewerkschaftliche Universitätsvorlesungen.** Die Staatswissenschaftliche Fakultät in Münster hat vor einigen Wochen den Antrag an das preußische Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Bildung gerichtet, auf Grund von Vorlesungen, die der sozialdemokratische Abgeordnete Richard Woldt im dortigen Staatswissenschaftlichen Institut gehalten hat, diesem einen Lehrauftrag für „Soziale Betriebslehre" zu erteilen. Minister Haenisch hat diese Ernennung Woldts zum Dozenten bestätigt. Die geplante Lehrtätigkeit Woldts soll nun zugleich die Möglichkeit bieten, an dem von Professor Pienge geleiteten Staatswissenschaftlichen Institut eine systematische Ausbildung für Gewerkschaftsführer im Industriegebiet Rheinland-Westfalen zu schaffen.

Der Hildesheimer Domschatz wiedergefunden

Die Kirchenräuber verhaftet.

Mitte April ist, wie seinerzeit berichtet wurde, in Hildesheim im Dom die Domschatzkammer erbrochen und von den zahlreichen Stücken des berühmten Domschatzes ein erheblicher Teil gestohlen worden. Der Berliner Kriminalpolizei ist es nunmehr gelungen, die Diebe festzunehmen und die kostbaren Stücke wieder herbeizuschaffen. Allerdings sind fast sämtliche Stücke beschädigt, zum Teil sogar völlig zertrümmert. Den ganzen Schatz hatten die Diebe auf einem Laubengelände bei Halensee (Berlin) vergraben. Die Einbrecher sind ein Schmied Gentermann, ein gebürtiger Hildesheimer, der früher als Ministrant im Dom Dienste tat, und ein Schmied Wirbitzky, beide in Berliner Verbrecherkreisen sehr bekannte Persönlichkeiten.

Sämtliche geraubten Stücke, 18 an der Zahl, sind aus reinem Silber oder reinem Gold angefertigt, der Kunstwert und Altertumswert ist unschätzbar. Von Sachverständigen wurde unter anderm ein Pokal von 1723 auf eine Million Mark geschätzt. Ein schwerer Abendmahlskelch mit wundervollen Ziselierungen und figürlichem Schmuck ist in Stücke geschlagen. Monstranzen sind mit ihrem Strahlenkranz zu faustgroßen Ballen zusammengedrückt. Das schon im Domschatzverzeichnis von 1438 erwähnte große Muttergottesbild, das aus Lindenholz gefertigt war, ist total vernichtet worden. Das Kleid aus purem Goldblech ist in Stücke gerissen und geschnitten, die Kette mit den Edelsteinen ist gleichfalls in kleine Stücke zertrümmert. Dieses Muttergottesbild wurde bei der großen Prozession am 1. August alljährlich vorangetragen.

Nah und Fern.

o **Ein Genesungsheim für Gelehrte und Künstler.** In Bad Ems wird voraussichtlich noch im Laufe dieses Sommers ein Genesungsheim für Gelehrte und Künstler eröffnet, in dem Akademiker, Schriftsteller, Journalisten, Philologen, Juristen, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Chemiker, Sänger, Schauspieler, Musiker, Maler, Bildhauer und Architekten eine billige Erholungsstätte finden sollen.

o **Bewucherung der Bühnenautoren.** Gegen die widerrechtliche Inanspruchnahme von Urheberanleihen (Tantiemen) durch Theaterdirektoren, Regisseure und Schauspieler plant der Verband deutscher Bühnenschriftsteller und Komponisten eine großzügige Aktion.

o **Streik in der Kinoindustrie.** Nach einem Beschluß des Zentralverbandes der Kinogewerkschaften Deutschlands ist für die gesamte Kinoindustrie der Streik verkündet worden.

● **Das Cumberland-Schloß in Gmunden abgebrannt.** Das dem Herzog von Cumberland gehörige, bei Gmunden im Salzkammergut gelegene Jagdschloß, das Einrichtungsgegenstände von großem Kunst- und historischem Werte enthielt, ist vollständig niedergebrannt. Der Schaden beträgt über zwei Millionen Kronen. Es wird Brandstiftung vermutet.

o **Doppelmord.** Ein Fund, der auf ein schweres Verbrechen schließen läßt, ist in der Nähe von Müncheberg in der Mark gemacht worden. Man entdeckte durch einen Zufall in einer Kiefernschonung eine in der Erde vergrabene Leiche, deren eines Bein durch den Regen der letzten Tage freigelegt worden war. Als die Polizeiverwaltung die Aus-

[illegible] stießen die Arbeiter auf eine zweite Leiche, die in der gleichen etwa einen Meter tiefen Grube verscharrt war.

o **Verhaftung eines sechsjährigen Kindes.** Nach einer Meldung aus Stettin soll das sechsjährige Kind des anläßlich der letzten Putschgerüchte vielgenannten Majors Bischoff samt seiner Bonne verhaftet und nach Greifswald übergeführt worden sein. Ein „politisiertes“ Kind — das wäre, falls sich die Nachricht bestätigen sollte, selbst in unserer Zeit, in der man das Unwahrscheinlichste erlebt hat, etwas Neues!

◎ **Der englische Werkbund an den deutschen.** Der im Kriege gegründete „Englische Werkbund“ hat dem Deutschen Werkbund mitgeteilt, daß seine Mitglieder einstimmig beschlossen hätten, mit ihm in direkten geistigen Austausch zu treten.

o **Eine Million in der Sparprämienlotterie gewonnen** hat der Bäckermeister Wilke in Lörwitz und zwar in der ersten Lotterie der Prämienanleihe.

o **Hagelschäden in Bayern.** Nach einer Reihe hagelarmer Jahre sind in diesem Jahre in Bayern schon ungewöhnlich frühzeitig Hagelschläge eingetreten, die an den Wintersaaten beträchtlichen Schaden angerichtet haben.

◎ **Irisches.** 5000 Sinnfeiner versammelten sich vor dem Wormwoods Grubbs-Gefängnis in London und begrüßten die gefangenen Sinnfeiner mit Hochrufen. Diese schwenkten von den Fenstern aus republikanische Flaggen und erleuchteten die Räume des Gefängnisses. Die Menge unterhielt sich mit den Gefangenen und tauschte Neuigkeiten aus, worauf die Teilnehmer der Kundgebung sich zerstreuten. Die Polizei griff nicht ein.

o **Das Überwiegen der Sterbeziffer über die Geburtenziffer** ist in der Zeit vom 14. bis zum 20. März dieses Jahres in einer Anzahl deutscher Städte festgestellt worden. In anderen Städten waren Sterbe- und Geburtenziffer gleich groß. In der Mehrzahl der deutschen Städte ist der Geburtenüberschuß nur sehr klein. Im Ausland, vor allem in England, liegen die Verhältnisse zurzeit sehr viel günstiger.

◎ **Große Überschwemmungsschäden in Brasilien.** Im Staate Bahia sind im Anschluß an die Regenperiode [illegible] angerichtet haben. Die Stadt [illegible] ist vollständig zerstört. Die Zahl der Opfer ist sehr groß, die Ernte ist vollständig vernichtet.

o **Die teuren Sporen.** Sachverständige aus aller Herren Länder hatten sich zur Versteigerung der Waffensammlung des verstorbenen Sir Guy Laking in London in dem Auktionslokal von Christins eingefunden. Dabei erzielte ein Paar vergoldeter Sporen aus Kupfer, mit 32 Zinken und mit Wappenverzierung, die riesige Summe von 892 Pfund Sterling und 10 Schilling. Ein anderes Paar aus vergoldeter Bronze, vom Jahre 1400 und mit Teilen aus echtem Golde, brachte es sogar auf 1680 Pfund Sterling. Und eine Sammlung von deutschen, italienischen, französischen und holländischen Schwertklingen mit goldener und silberner Einlage erzielte 1050 Pfund Sterling.

o **Mißliebige Studentenwichs.** Nachstehenden Erlaß gibt der Rektor der Breslauer Universität am schwarzen Brett bekannt: „Ich ersuche die farbentragenden Studentenverbindungen dringend, im Sommersemester 1920 das öffentliche Tragen der Farben zu unterlassen.“ Diese Warnung ist in der Spannung begründet, die zwischen der Bevölkerung der Stadt Breslau und den Studenten seit den Kapp-Tagen besteht.

Vermischtes.

Uniformen-Durcheinander auf Helgoland. Alle möglichen Uniformen drängen sich jetzt auf Helgoland durcheinander. Die Mitglieder der ständigen englischen Marinekommission in Khakibraun stolzieren Arm in Arm mit den blauen Matrosen des im Norderhafen liegenden Zerstörers „Serene“, blaue deutsche Seeflieger wechseln ab mit grünen Hamburger Sicherheitswehrmännern, die den Polizeidienst der Insel übernommen haben, und dazwischen tragen französische Mariniers die in der rot-weiß-blauen Pudelmütze gipfelnde Uniform zur Schau. Zwischen ihnen leben die Hafenbauarbeiter, mancher noch in deutschem Feldgrau oder in dem Manchesterbraun der ersten Kriegsersatzuniformen. Die Eingeborenen staunen ob der Mannigfaltigkeit bunten Tuches, die kaum noch einer Steigerung fähig ist, und die allein überboten wird durch die Phantasie-Uniform-Zusammenstellungen der deutschen Matrosen. Graue Feldbluse, blaue Matrosenmütze, blaue Hose, schwarze lange Strümpfe und gelbe Schnürschuhe. Zur geringsten Ruhe-[illegible] ist es trotz der Mannigfaltigkeit der [illegible] und ihrer Gedanken und Wünsche noch nicht ein einziges Mal gekommen, alle Uniformen bewahren tadellose Disziplin und Zurückhaltung, selbst die Seeflieger, die übrigens spätestens im Juni die Insel räumen müssen.

Die Rettung der „Blauen Kuppe“. Eines der eigenartigsten und wichtigsten Naturdenkmäler Hessens, der Basaltberg der „Blauen Kuppe“ im Werratal, war durch den immer mehr zunehmenden Abbau des Gebirgsstoffes in seiner Erhaltung schwer gefährdet. Es sind nun Vorkehrungen getroffen worden, durch die der Abbau von Basalt eingeschränkt wird, so daß am eigentlichen Gebirgsstock Schürfungen nicht mehr vorgenommen werden dürfen. Dadurch ist das interessante geologische Gebilde vor der Vernichtung, die es bedrohte, gerettet.

Marssignale? Ein Versuch, dem Mars Signale zukommen zu lassen und zugleich festzustellen, ob Tonwellen oder irgendwelche andere Zeichen von einem anderen Planeten bei uns aufgenommen werden können, ist von dem amerikanischen Professor Todd ausgeführt worden. Todd bedient sich eines Freiballons, der bis zu einer Höhe von 50000 Fuß emporsteigen soll. Der Aufstieg erfolgt von dem Fort Omaha in Nebraska aus. Der Gelehrte hat einen Registrierapparat konstruiert, durch den Einflüsse der atmosphärischen Wellen studiert werden können, wenn der Ballon zur Erde zurückkehrt. Aber bisher hat weder er noch jemand anders Marssignale feststellen können. — Es gibt doch immer noch Leute, die ebensoviel Zeit wie — Illusionen haben!

Ein Luftkurort auf dem Olymp. Die griechische Regierung hat einer griechisch-französischen Gesellschaft die Genehmigung zur Anlage eines Luftkurortes auf dem Olymp erteilt. Schon in den nächsten Tagen wird auf dem heiligen Berg mit dem Bau der geplanten großen Hotels, Kurhäuser, Theater usw. begonnen werden. Das hätten sich Zeus, Apollo, Juno und die andern Götter und Göttinnen Griechenlands auch nicht träumen lassen, daß man einmal ihren „Himmel“ in dieser Weise verekeln würde. Die Modernisierung des alten ehrwürdigen Olymps mutet wie eine Offenbachsche Operettenparodie auf die seligen Griechengötter an. Ob es wohl in dem himmlischen Luftkurort „volle Pension, Nektar und Ambromsia inbegriffen“, geben wird?

Bekanntmachungen.

1. Petroleum-Versorgung.

Die bisher ausgegebenen Petroleummarken müssen bis. spätestens 30. d. Mts. eingelöst sein, andernfalls sie verfallen Die am 1. Mai übrig gebliebenen Petroleummengen aus früheren Lieferungen können vom 1. Mai an von den Kaufleuten literweise ausgegeben werden.

2. Ausgabe von Hafermehl und Bohnenmehl.

Auf Nr. 6 der Lebensmittelkontrollkarte kann 1 Pfd. Hafermehl zum Preise von 5,— Mark und auf Nr. 7 derselben Karte ein Pfd. Bohnenmehl zum Preise von 4,50 Mark bei den Kaufleuten Schütz, Schedwig, Junge, Seidel, Rasch, Schüller und Zimpel entnommen werden. Die Entnahme muß bis spätestens Mittwoch, den 5. Mai erfolgt sein.

8. Ausgabe von Ackerbohnen.

Die aufgerufenen Abschnitte Nr. 2, 3 und 4 der Lebensmittelkontrollkarte, auf die je 1 Pfd. Ackerbohnen zum Preise von 2,30 Mark zu beziehen war, werden mit Ende d. Mts. außer Kraft gesetzt. Ihre Einlösung wird dringend angeraten. — Die Händer werden ersucht, am 3. n. Mts. die Abrechnungen über Ackerbohnen einzureichen.

4. Zuckermarken.

Die Ausgabe der Zuckermarken für den Monat Mai erfolgt in nachstehender Reihenfolge:

Donnerstag, den 29. April,

f. Haushaltungskarten Nr.	1—200	vorm.	von 8—9 Uhr
	201—400	„	„ 9—10 „
	401—600	„	„ 10—11 „
	601—800	„	„ 11—12 „

Freitag, den 30. April,

f. Haushaltungskarten Nr.	801—1000	vorm.	von 8—9 Uhr
	1001—1200	„	„ 9—10 „
	1201—1400	„	„ 10—11 „
	1401—Ende u. Gutsbezirk	„	„ 11—12 „

5. Einfuhrzusatzkarten

werden mit der Ausgabe zu 4 verabfolgt. Bei Abholung derselben ist die Haushaltungskarte vorzulegen und die Stammscheine abzugeben.

6. Absperrung des elektrischen Stromes.

Wegen dringender Reparaturarbeiten wird der elektrische Strom am Freitag, den 30. April 1920, vormittags von 8—1 Uhr abgesperrt.

Warmbrunn, den 28. April 1920.

Der Gemeindevorstand:
Neugebauer.

2 altertümliche Schränke

(1 Glasschrank, 1-türig, 1 Kleiderschrank, 2-türig, groß), ferner: 1 sehr großer, 2-türiger Kleiderschrank, zerlegbar,

zu verkaufen.

Angebote unter „Schrank“ an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Statt Karten!

Für die zahlreichen Glückwünsche, Geschenke und Blumenspenden, die uns anläßlich unserer

Vermählung

zugegangen sind, **danken wir Allen herzlichst.**

Fritz Hofmann u. Frau Lotte
geb. **Buchal**

Heute abend 8¾ Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden meine inniggeliebte, treusorgende Frau, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau
Eugenie Rosalowsky
geb. Schmitter.

Möge ihr die Erde leicht sein.

Im Namen der Hinterbliebenen
Oscar Rosalowsky.

Herischdorf, Tannenberg 12a, 27. April 1920.

Beerdigung: Sonnabend, den 1. Mai, nachmittags 2½ Uhr vom Trauerhause aus.

Nach langem Leiden entschlief am 27. April, 4 Uhr früh, unsere liebe Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter

verwitwete Holzhändler
Marie Exner
verw. gew. Jakob geb. Ende

im Alter von fast 92 Jahren.

Dies zeigt an

Im Namen aller Hinterbliebenen
Johann Günther u. Frau.

Warmbrunn, Kunzendorf, Hermsdorf u. Kynast, den 28. April 1920.

Beerdigung: Freitag, den 30. April, nachmittags 3 Uhr, von der evangel. Kirche in Hermsdorf u. Kynast aus.

Bürgerverein Bad Warmbrunn

Freitag, den 30. April, abends 8 Uhr
im Saale der „Galerie“:

Adolphi-Abend

unter Mitwirkung der Pianistin Käte Räbiger.

Erster Teil:

„Die drei alten Schwestern“ . . . Hagenberg
„Die Nachtigall“, Märchen . . . . Andersen
Kindergedichte . . . . . . Thekla Lingen
(vorgetragen von Frau Margarete Adolphi).

Zweiter Teil:

Valse sentimental . . . . . Délibes
Spinnlied a. d. „Flieg. Holländer“. Wagner—Liszt
(Frau Käte Räbiger)
Tanz von Scharwenka (Margarete Adolphi)
Konzertwalzer . . . . . . Wieniawski
(Käte Räbiger)
Tango argentino (Joapuiao) Margarete Adolphi.

Zur Deckung der Unkosten wird am Saaleingang ein kleines Eintrittsgeld erhoben, und zwar von Mitgliedern 50 Pfg., von Nichtmitgliedern 1,50 Mk.

Gäste sind willkommen.

Zu zahlreichem Besuch ladet höflichst ein
der Vorstand: Hüllweck.

Kriegsanleihe in jeder Höhe kauft gegen bar
Hans Hinderer, [illegible]

Ein Vertikow und Tisch
(beide Kirschbaum),
zu verkaufen.
Schlossplatz 3, I.

1 schwarzer
Mädchenhut
zu verkaufen.
Große Wilhelmstraße 3.

Suche
für vorübergehende
Unterbringung von Möbeln
einen abschließbaren
Raum
gegen reichliche Vergütung.
Gefl. Angebote u. „**Raum**“ an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Zimmer
für ält. Dame
mit gutem Mittag- und Abendtisch und etwas Kochgelegenheit in Nähe der Bäder per Ende Mai gesucht.
Angeb. mit Preis unt. „B N. 1146“ an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Rhabarber
täglich frisch zu haben
Gottwald,
am **Neumarkt** 5.

Mutterspritzen, Frauentropfen
sanitäre **Frauenartikel.**
Heusinger, Dresden 662, Am See 37.

Visitenkaren liefert schnell und billig **P. Fleischer Buchdr.**